№ 313
A 133
Morgen-Ausgabe

Berlin Vossische Zeitung

Donnerstag, 5. Juli 1923

1000 Mark

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen – Sport – Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für Juli 28000 M. bei Zustellung durch eigene Boten. Durch die Post 24000 M. Unter Streifband 33000 Mark im Inland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 3000 Mark die mm-Zeile. Familienanzeigen 850 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Juli Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Curzon vor dem Kabinettsrat.

Die Aussprache geht fort.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

whe **London**, 4. Juli.

Heute vormittag hat Lord Curzon im englischen Kabinett das Ergebnis seiner Besprechungen mit den Botschaftern Frankreichs und Belgiens vorgetragen. An hiesiger offizieller Stelle wird noch wie vor strengste Verschwiegenheit über die Ergebnisse der Kabinettssitzung bewahrt, und zwar, wie ausgeführt wird, „im Interesse der gewissenhaften Förderung jeder vorhandenen Verständigungsaussicht."

Es wird als wahrscheinlich bezeichnet, daß Lord Curzon weitere Unterredungen mit den Botschaftern haben werde, um gewisse Punkte der Antwort klarzustellen, die nach englischer Auffassung bisher nicht genügend deutlich formuliert sind. Von dem Ergebnis dieser weiteren Unterhandlungen soll es abhängen, ob von englischer Seite auf Ausfertigung einer schriftlichen Antwort bestanden wird, oder ob der mündliche Bescheid der weiteren Aussprache zugrunde gelegt wird.

In unterrichteten politischen Kreisen verlautet, daß **der Eintritt Mr. Kennas in das Kabinett bereits in der allernächsten Zeit erfolgen** soll, damit er an der zu erwartenden Reparationsaussprache zwischen den Ententeländern und Deutschland persönlich teilnehmen kann.

wf **Paris**, 4. Juli.

In französischen amtlichen Kreisen wurde heute abend erklärt, der Pessimismus, in dem ein Teil der Pariser Morgenpresse die Londoner Verhandlungen kommentiert habe, erscheine ebensowenig begründet wie der Optimismus derjenigen Londoner Berichterstatter, welche bereits eine wesentliche Entspannung angekündigt haben.

In Wirklichkeit seien die Verhandlungen noch gar nicht so weit gediehen, daß eine Voraussage über ihren mutmaßlichen Ausgang möglich sei. Bei Beurteilung der Pressenachrichten über den Meinungsaustausch sei im übrigen zu beachten, daß die Verhandlungen streng vertraulich sind und das Geheimnis von allen Beteiligten gewahrt wird. Unter diesen Umständen müßten alle Pressenachrichten mit größter Vorsicht aufgenommen werden.

Am Quai d'Orsay nimmt man an, daß England die französische Regierung um einige ergänzende Aufklärungen bitten wird. Man bezeichnet dies als Beweis dafür, daß die Verhandlungen weiter gehen. Die Nachricht, daß England am Montag schriftliche Beantwortung des Fragebogens verlangt habe, wird am Quai d'Orsay dementiert. Man bezeichnete die ganze Prozeßfrage heute abend aufs neue als nebensächlich und betonte, daß **Frankreich in erster Linie die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu England am Herzen liege.**

Die Erklärungen Mussolinis über die Ruhrfrage werden in französischen amtlichen Kreisen als „nicht ganz klar" bezeichnet. Man erklärt, den authentischen Wortlaut abwarten zu wollen, da besonders die Aeußerungen über die Räumungsfrage in den hier vorliegenden Agenturmeldungen auffallend von den früheren Erklärungen Mussolinis abweichen.

Es bestätigt sich, daß der belgische Botschafter nach seiner gestrigen Unterredung mit Lord Curzon diesem eine schriftliche Aufzeichnung überreicht hat.

In französischen amtlichen Kreisen wird dazu bemerkt, es handle sich nicht etwa um eine schriftliche Antwort Belgiens, das „in völliger Einheit mit Frankreich" vorgehe, sondern um ein „persönliches Entgegenkommen" des belgischen Botschafters.

Der Brüsseler Korrespondent des „Temps" bestätigt, daß Belgien daran gedacht habe, eine französisch-englisch-belgische Ministerkonferenz zur Besprechung der im Fragebogen behandelten Probleme vorzuschlagen. Belgien hat aber nach dieser Meldung „für den Augenblick" auf diesen Gedanken verzichtet.

Der Vorsitzende des Senatsausschusses für äußere Angelegenheiten de Selves berichtete dem Ausschuß heute nachmittag über eine Unterhaltung mit Poincaré. Es wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben:

Die Senatskommission für äußere Angelegenheiten trat heute nachmittag unter dem Vorsitz de Selves zusammen, der über eine Unterredung berichtete, die er mit Poincaré im Auftrag der Kommission gehabt hatte. Danach hat Poincaré geäußert, die Lage im Ruhrgebiet habe sich nicht geändert. Die Informationen der englischen Presse über die Absichten der englischen Regierung seien mit größter Vorsicht aufzunehmen. Die französische Regierung habe die Versicherung erhalten, daß diese Informationen der Grundlage völlig entbehrten, und der englische Botschafter in Paris habe energisch gegen diese Gerüchte und die ihm zugeschriebene Haltung protestiert. Zwischen dem französischen Botschafter in London und dem Foreign Office würden die Unterhaltungen täglich in größter Freundschaft fortgesetzt.

Der Senator Lagaye Weiller berichtete über die Unterhaltung, die er in London mit Vertretern finanzieller und industrieller Kreise des englischen Unterhauses gehabt hat. Es ist ihm hierbei ein schriftliches Memorandum überreicht worden, das den Schluß zuläßt, daß die augenblicklichen Verhandlungen der beiden Regierungen die Möglichkeit eines „günstigen Ausganges" zulassen. Senator de Jouvenel berichtete alsdann über die neue Organisationen der französischen Propaganda im Auslande.

Die gefährliche „Propaganda"

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 4. Juli.

In der Kammer hielt heute nachmittag bei Beratung des Budgets der aus dem Friedensvertrage zu deckenden Ausgaben der frühere Vorsitzende der Reparationskommission, Louis Dubois, eine mit starkem Beifall aufgenommene Rede. Er bemühte sich aufs neue, nachzuweisen, daß Deutschland bis jetzt sehr wenig geleistet habe und stets darauf bedacht war, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Dubois sprach weiter über Englands Haltung, die er durch Einwirkung englischer Finanzkreise erklärte, deren Interesse an einer Stärkung des Marktkurses bekannt sei. Dubois gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß Baldwin weiterblicke als diese Kreise und nicht die Zukunft für Augenblicksinteressen opfern werde.

Nach Dubois ergriff der Wiederaufbauminister Raibel das Wort. Er teilte mit, die französische Regierung werde demnächst eine Veröffentlichung erscheinen lassen, um die von der „deutschen Propaganda" verbreiteten Statistiken und besonders die Angaben über die Leistungen Deutschlands aus dem Friedensvertrag zu „widerlegen".

Poincaré sprach von den Gefahren der deutschen Propaganda in einer Rede, die er heute, am amerikanischen Unabhängigkeitstag, bei Enthüllung eines Denkmals für amerikanische Freiwillige in Paris hielt. Poincaré dankte den „Freiwilligen des Friedens", die in Amerika Frankreich gegen die Angriffe der deutschen Propaganda verteidigten.

Die Besprechungen beim Kanzler.

Nachdem Vertreter der deutschnationalen Reichstagsfraktion bereits am Dienstag mit dem Reichskanzler über die auswärtige Lage konferiert hatten, fanden gestern die Besprechungen des Kanzlers mit den Vertretern der anderen Parteien statt. Am Vormittag wurden vier Abgeordnete der Sozialdemokratischen Fraktion empfangen, nachmittags die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft. Die Aussprache galt besonders der Frage, in welcher Form die Regierung zu den jüngsten Ereignissen im Ruhrgebiet und zu dem Schreiben des Papstes Stellung nehmen solle. Endgültige Beschlüsse wurden indes nicht gefaßt, da man den Ausgang der Besprechungen, die gegenwärtig zwischen der Regierung und dem päpstlichen Nuntius Pacelli gepflogen werden, abwarten will. Ob es noch zu einer außenpolitischen Reichstagsdebatte vor Beginn der Ferien kommen wird, bleibt also ungewiß. Eine Aussprache im Parlament würde sich wohl auch erübrigen, wenn die Regierung auf andere Weise gegenüber dem In- und Auslande in bestimmter und unzweideutiger Form von den schädlichen Methoden, die in die passive Abwehr hineingetragen worden sind, energisch abrückt.

*

Die „Kölnische Volkszeitung" schreibt zu der Unterredung des Nuntius Pacelli mit dem Reichskanzler: Zweierlei kann schon festgestellt werden: 1. Daß die Anweisung der Curie an den Nuntius in Deutschland nicht den Sinn hat, die erste Kundgebung des Papstes an den Kardinal-Staatssekretär abzuschwächen und 2. daß das Urteil des Papstes über die Sabotage-Akte keine Verurteilung des passiven Widerstandes in sich schließt. Es handele sich hierbei, wie ausdrücklich festgestellt sei, nicht um unbegründete Vermutungen, sondern um zweifelsfrei feststehende Tatsachen.

mp **Rom**, 4. Juli.

Kardinalstaatssekretär Gasparri hat heute den ersten Legationsrat der belgischen Gesandtschaft zu einer kurzen Unterredung empfangen. Im Vatikan ist ein längerer Bericht des Nuntius in Paris, Monsignore Cerretti, angelangt, welcher seine Abreise nach Rom um einige Tage verschieben mußte.

Was die Schweiz denkt.

Von

Oberin Marie Gauer,

früher Vorsteherin des Kaiser-Friedrich-Krankenhauses in San Remo.

Die Verfasserin hatte in den letzten Monaten Gelegenheit, die Anschauungen und Stimmungen in der Schweiz besonders genau kennenzulernen. Wir halten es für unsere Pflicht, diese Erfahrungen weiteren Kreisen mitzuteilen.

Die „Vossische Zeitung" brachte jüngst Mitteilungen über die Aussprache, die im Schweizerischen Nationalrat über die Stellungnahme, oder vielmehr die Passivität, des Völkerbundes gegenüber der Ruhrbesetzung stattfand. Einer der Abgeordneten (Müller von Luzern) hatte diese Passivität scharf gerügt und darin für die Schweiz einen Anlaß gesehen, aus dem Völkerbund auszutreten, worauf Bundesrat Motta, der die Schweiz im Völkerbund vertritt, dieses Ansinnen ablehnte unter Begründungen, die deutschen Ohren sehr merkwürdig klingen müssen. Aber wer etwa feststellen wollte, ob diese oder jene Aeußerungen tatsächlich der Meinung des Herrn Motta entsprechen können, der würde sie von vornherein über Gebühr bewerten. Sie sind einfach als die Form anzusehen, in der Herr Motta den Vorschlag und die Auffassung des Abgeordneten Müller zurückwies. Diese Form wurde natürlich bestimmt durch innerpolitische Rücksichten. Auch unsere deutschen innerpolitischen Schwierigkeiten werden ja draußen im Auslande oft übersehen; man wundert sich, wie „Deutschland" das und das habe tun, lassen oder sagen können, als sei es eine in sich geschlossene, nach wohlerwogenem Urteil handelnde Persönlichkeit, und niemand macht sich klar, wie außerordentlich gehemmt durch Rücksichten der inneren Politik unsere verantwortlichen Männer sind, und daß ihre Worte und Taten nicht ihrem freien Ermessen entspringen, sondern immer einem Kompromiß. In der Schweiz kommen nun zu den Unterschieden der Parteien und der Konfessionen noch die der sprachlichen Wesensart hinzu. Es ist für die Leitenden nicht ganz leicht gewesen und ist noch jetzt nicht ganz leicht, das Land in wirklich ehrlicher Neutralität zwischen den Forderungen seiner deutschen und seiner welschen Bewohner hindurchzusteuern. Und die Praxis ist dabei oft die gewesen, daß man die temperamentvolleren Welschen im Reden oder gar Schreiben freien Lauf vergönnt hat, damit im Handeln denn doch auch der besonnenere Geist der andern ein wenig mitwirken durfte.

Was nun die sachliche Bedeutung der Motta'schen Ausführungen betrifft, die Ablehnung der Forderung gegen die Ruhrbesetzung Einspruch zu erheben, so kann sie nach allem, was wir seit Jahren erleben, uns nicht mehr wundern. Unser unwillkürliches Gefühl ist wohl bei manchen Wendungen der Dinge schon gewesen, „dies kann ja nicht sein", „das können die andern Völker nicht dulden", „hier muß doch jemand eingreifen". Aber längst haben wir einsehen gelernt, daß, nachdem Frankreichs Vernichtungswille einmal gegeben ist, ihm entgegenzutreten, einen neuen Krieg bedeuten würde. Und wir wissen, daß kein Staatsmann es wagen dürfte, sein Land dem auszusetzen, solange nach alle Welt unter dem Eindruck der eben erlebten Schrecken steht. So sind denn auch die Stimmen sittlicher Entrüstung darüber, daß die Völker in der Runde untätig zusehen, wie wir vergewaltigt werden, allgemach verstummt. Wir wissen, daß uns — vor der Hand wenigstens — niemand helfen darf und kann, daß wir ganz auf uns selbst gestellt sind.

Das aber glauben wir wenigstens annehmen zu dürfen, daß die ganze Welt mit uns einig ist in der Verurteilung dessen, was uns angetan wird; daß eine allgemeine Empörung darüber herrscht, die vielleicht gerade weil sie sich nicht in Handlungen äußern darf, nur um so stärker empfunden wird. Als eine Bekräftigung dieser Gesinnung ist der Vorschlag des Abgeordneten Müller — wenn auch praktisch von vornherein zur Ergebnislosigkeit verurteilt — schätzbar. Um so schätzbarer, als von dieser Gesinnung im allgemeinen in der Schweiz sehr wenig zu spüren ist. Der Deutsche, der je im Vergleich zur Vorkriegszeit eine seltene Erscheinung geworden ist, wird zwar durchgehends mit Interesse aufgenommen, mit einer Art neugieriger Teilnahme. Es nimmt die Menschen wunder, wie es denn in diesem unglücklichen Lande eigentlich zugeht, wie man da lebt. Und durch mehr oder weniger taktvolle Fragen suchen sie das zu erkunden. Sie fehlen dem deutschen Schicksal als ganzem mit dumpfem Grauen gegenüber, dem einzelnen mit Mitgefühl, das da, wo es echt ist, sich auch praktisch betätigt. Es kommen aus der Schweiz viele viele Liebesgabenpakete herein; und wenn man alle die „Fünfernötli" zusammenrechnen könnte, die einzeln in Briefe eingelegt sind, es käme monatlich eine stattliche Summe heraus.

Nicht Hilfsbereitschaft ist es, die wir dort vermissen, sondern Verständnis. Wir suchen Gerechtigkeit, und es begegnet uns Nachsicht. Das will sagen, daß man uns der Nachsicht bedürftig findet; man hält unsere Sache nicht für die gerechte.

Sich das klar zu machen, ist schmerzlich, aber es ist wie jede Zerstörung einer Illusion, nützlich. Wenn wir darauf